Grünliberale
créateurs d'avenir

Interpellation – Sensibilisierung und Massnahmen zu OK-Aktivitäten auf Gemeindegebiet

1. Ausgangslage & Begründung

Am 19. Dezember 2025 wurde die Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK)[1] vom Bundesrat gutgeheissen. Ziel ist die wirksame Bekämpfung von OK durch Bund, Kantone und Gemeinden. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden durch OK soll eingedämmt werden, indem der OK der Nährboden für die Bildung, Ausbreitung und Festsetzung krimineller Strukturen entzogen wird. Die drei strategischen Ziele umfassen OK erkennen, OK verhindern und OK bekämpfen. Die Verhinderung und Bekämpfung der OK verlangt eine enge Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Gemeinden, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und ausländischen Partnern.[2]

Aktuell wird vom Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in Zusammenarbeit mit Bund, Kantonen und Gemeinden die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Umsetzung der Massnahmen im Nationalen Aktionsplan (NAP) festhalten. Mögliche Aktionsfelder beinhalten auch die Sensibilisierung, Schulung und den Meldefluss. Den Gemeinden kommt als erste Kontaktlinie eine entscheidende Rolle zu, allerdings dürfte es vielerorts am Bewusstsein dieser Rolle fehlen. Der Kanton Zürich hat dazu eine Behördenumfrage bei Gemeindeverwaltungen und Notariaten zum Thema Beeinflussung durch organisierte Kriminalität durchgeführt. Die Resultate dienen als Basis für Sensibilisierungsmassnahmen.[3] Wie die Awareness in Aargauer Gemeinden aussieht, ist nicht bekannt. Relevante Schnittstellen können beispielsweise Grundbuchamt, Steuerbehörde, Betreibungs- und Konkursamt oder auch ein Zivilstandesamt etc. sein.[4] Jedoch gibt es gemäss Aussagen des Aargauer Regierungsrates Anzeichen für ein beträchtliches Ausmass an OK im Bereich Menschenhandel, Drogenhandel sowie Vermögens- und Wirtschaftsdelikte im Kanton Aargau.[5] Dies bestätigt auch die Kantonspolizei Aargau, die in ihrer Medienkonferenz vom 12. Januar 2026 die Strukturkriminalität als erneuten kriminalpolizeilichen Brennpunkt benennt.[6]

Wir beobachten auf dem Gemeindegebiet eine Zunahme von Geschäften, die typisch sind im Bereich Spezialgewerbe[7]. Zudem gibt es namhafte Fälle von OK-Aktivitäten im geographischen Umfeld. Uns stellt sich somit die Frage, was weiss man zur Ausgangslage auf dem Gemeindegebiet, welche Rolle übernimmt die Gemeinde in der Verhinderung und Bekämpfung von OK-Aktivitäten, wie werden Mitarbeitende an den relevanten Stellen sensibilisiert und liegt eine Strategie vor. Nachfolgende Fragen ergeben sich für die Fraktion GLP zur Situation in Zofingen:

2. Fragen

1. Was ist bekannt zu OK-Aktivitäten auf dem Gemeindegebiet. Gibt es dazu öffentliche oder nicht öffentliche Zahlen respektive ein Monitoring auf dem Gemeindegebiet?
2. Ist die Bekämpfung und Eindämmung von OK ein strategisches Ziel respektive Thema auf Gemeindeebene (Exekutive)?

---

[1] Gemäss Nationaler Strategie zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wird «Organisierte Kriminalität» als Oberbegriff für ein kriminologisches Phänomen verwendet. Es existiert keine klare juristische Definition. OK umfasst kriminelle Organisationen nach Artikel 260ter des Strafgesetzbuchs und weitere Deliktphänomene wie «Strukturkriminalität», «strukturierte Bandenkriminalität» oder «Clankriminalität».

[2] Strategie der Schweiz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

[3] Die Entwicklung von clanartigen kriminellen Strukturen mit vernetzter Prävention und gezielter Repression verhindern. | Kanton Zürich

[4] Fedpol

[5] Organisierte Kriminalität ist im Aargau weit verbreitet - Audio & Podcasts - SRF

[6] Aargau: Sicherheitslage ist anspruchsvoll und bleibt dynamisch - Kanton Aargau

[7] Legale Gewerbe, die für illegale Aktivitäten z.B. Geldwäscherei genutzt werden.

3. Welchen Handlungsspielraum und welche Kompetenzen in der Bekämpfung von OK hat die Gemeinde respektive Regionalpolizei?
4. Besteht eine konkrete Zusammenarbeit, beziehungsweise ein Austausch zwischen der Gemeinde, Regionalpolizei, Kantonspolizei ggf. Fedpol zum Thema OK-Aktivitäten und Bekämpfung?
5. Inwiefern ist eine mögliche OK-Infiltration an relevanten Stellen in der Gemeinde Thema bei Rekrutierungen?
6. Inwiefern werden Gemeindemitarbeitende an den relevanten Stellen hinsichtlich des Erkennens von OK-Aktivitäten sensibilisiert und sind dahingehend konkret Massnahmen geplant?
7. Niederschwellige, klar definierte und einordbare Meldewege, die Vertrauen schaffen sind zentral, dass auch vage Verdachtsmomente gemeldet werden. Gibt es einen Prozess für Gemeindemitarbeitende, die verdächtige Beobachtungen machen, falls ja, wie sieht dieser aus und wie werden Gemeindemitarbeitende dahingehend geschult?

3. Unterzeichnende

Erstunterzeichnende

Carla Fumagalli (glp)

Mitunterzeichnende